

BaWü-Check

Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für
Einheimische und Reischmeckte

Au Männer
kennad baatscha

VON TOM HÖRNER

Wenn Schnee fällt, lässt das auch unsere Leserschaft nicht kalt. Hannelie Meine wurde im Oberland in Mochenwangen bei Ravensburg geboren und zog mit acht Jahren nach Wernau um: „Ich wuchs mit oberländische Sprachwurzeln meiner Oma Paula auf. Wenn einzelne Schneeflocken vom Himmel fielen, sagte sie: ‚Guck no do na, ‚s flemelet!‘ Wenn es graupelte, sagte Oma Paula: ‚Jetzt kutze-boinelet’s au no.‘ Wenn’s recht nasskalt war: ‚Heit isch’s richtig kebelig.‘ Ich finde die Ausdrücke wundervoll und verwende sie zum Erstaunen meiner Enkel (Magdalena 15, Sophie 15 und Maximilian 11 und Julius 11) gerne. Getreu dem schönen schwäbischen Liedgut: Es schneielet, es beielet.“

Rudi Clauss aus Esslingen bringt die winterliche Kleiderordnung ins Spiel: „Wenn dr Vadder bei Minusgrad en Wengerd ging, kam scho moal: ‚Heit isch zabfakald. Doa brauch i a warms Wamms on gfidderde Hedschich.“

Wolfgang Dittebrandt aus Bondorf fühlte sich von den Ausführungen von Irene Schmolh angesprochen: „Mr hot friar koan Fernseher ghett, ‚s Neieschde vom Flecka hot dr Schitz ausgeschallat. Bei aos war des dr Schitzza Heiner. Ond was es suscht no Nuis gea hot, hend dia Nochber onderander verzehlt. Meischdens waret des dia äldere Weiber, dia uff dr Schdtroß sich anander des verzehlt hend, was mr suscht et erfahra het. Aber bei aos do hend se et bloß baatscht und traatscht, bei aos hend se ao saumäßig viel grafflet. Do send se uff dr Schtroß gschdanda oder em a Hof uff ama Beekle ghockat ond hend mitanander grafflet. Ond des waidagat lang ond oft. So isch des no so weit komma, dass mr zo deara Schtroß, wo so viel grafflet woara isch, ao d’ Raffl gass gsaht hot.“

„Au Männer kennad baatscha“, meint Renate Schietinger aus Nürtingen-Zizishausen. „Letschtens ben i ens Städe gfahra zom Eikaufa. Zwoi Nochber schdanda vor am Haus ond händ sich onderhalda. Sicher isch’s om ebbas ganz Wichtigs ganga, denn fascht a Schdond später, auf meim Hoimweg, send se emmer no dogschdanda ond hent’s wichtig ghed. I han no oghalda ond han gfrogt, ob i ehne an Schtual brennga soll. Erschd hent se a bissle komisch guckt, aber no hen mir doch alle lacha miasa.“

Der Spruch des Tages kommt auch von Wolfgang Dittebrandt: „Oaner woaf nia ällas, suscht brieht mr koan Rat.“

→ Schreiben Sie uns:
Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: land@stn.zqs.de

Strobl für Härte
gegen Straffällige

Die Attacke auf zwei Mädchen in Illerkirchberg entfacht weiter Diskussionen über Abschiebungen.

STUTT GART. Nach dem blutigen Angriff auf zwei Mädchen in Illerkirchberg rückt die Frage nach Abschiebungen von Menschen nach schweren Straftaten in den Fokus. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) sprach sich dafür aus, bestimmte Täter abzuschieben. „Wer als Geflüchteter in dem Land, das ihm Schutz gewährt, einen Menschen ermordet und einen weiteren Menschen schwer verletzt, der hat sich dafür entschieden, dass er in diesem Land nicht bleiben möchte“, sagte er.

Ein Mann aus Eritrea soll zwei Mädchen am 5. Dezember auf dem Weg zur Schule in Illerkirchberg nahe Ulm angegriffen, die 14-Jährige getötet und das 13 Jahre alte Mädchen schwer verletzt haben. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sascha Binder, sagte, dass die CDU aus seiner Sicht den Fall von Illerkirchberg mit einem verdächtigen Eritreer nutze, „um die Debatte um die Abschiebungen nach Afghanistan noch mal etwas mit Leben zu füllen“. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erlaubt sich indes kein Urteil: „Wer wohin abgeschoben werden kann, entscheidet die Bundesregierung.“

Hintergrund ist die Debatte über einen Afghanen, der 2019 in einem Flüchtlingsheim, ebenfalls in Illerkirchberg, mit anderen Männern ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt hatte.

Bürger sind nur begrenzt beunruhigt

In der Flüchtlingspolitik wird die Arbeit der Landesregierung kritisch beurteilt. Für die Geflüchteten gibt es aber großes Verständnis.



Foto: Adobe Stock/pronoia
Montage: Sebastian Ruckaberle

VON KAI HOLOCH

STUTT GART. Sorgen und Skepsis: ja – Panik: nein. So lässt sich laut dem aktuellen BaWü-Check die Stimmungslage der Menschen in Baden-Württemberg zum Ende des Jahres 2022 wohl am ehesten beschreiben. In einer repräsentativen Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat, wird deutlich, dass die Bevölkerung vollkommen anders auf die aktuelle Flüchtlingswelle reagiert als in den Jahren 2015 und 2016.

Allerdings gibt es ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber der Flüchtlingspolitik des Landes. Nur 27 Prozent der Befragten stellten dem Land ein positives Zeugnis aus, 49 Prozent sehen die Arbeit der Landesregierung in diesem Bereich kritisch. Hier sind die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage:

Wo sind all die Flüchtlinge?

Zwar war auch bei der Flüchtlingswelle 2015/16 das ehrenamtliche Engagement gewaltig. Große Teile der Bevölkerung waren damals aber außerordentlich besorgt. Aktuell, so hat der BaWü-Check ermittelt, hält sich die Beunruhigung der Bevölkerung in Grenzen. Die Frage, wie sich die Fluchtwelle bei den Menschen vor Ort auswirkt, führt zu überraschenden Ergebnissen. Jeder Dritte sagt, dass in der näheren Umgebung viele Flüchtlinge untergebracht worden sind. Genauso groß aber ist die Zahl derjenigen, die den Eindruck haben, dass es nur wenige Flüchtlinge im näheren Umfeld gibt. Sieben Prozent der Befragten sind sogar überzeugt davon, dass in ihrer Gegend so gut wie keine Flüchtlinge angekommen sind. Die restlichen 25 Prozent trauen sich bei dieser Frage keine Antwort zu.

Bürger sehen Aufnahmekapazitäten

Wenn man Städten und Gemeinden glaubt, dann sind die Kapazitäten für die Betreuung der Flüchtlinge in den meisten Kommunen schon seit Wochen nahezu ausgeschöpft – und auch bei der Unterbringung gibt es bereits erhebliche Engpässe. Beim Flüchtlingsgipfel der Landesregierung vor ein paar Tagen haben alle Beteiligten deshalb den Schulterchluss geprobt: Nur gemeinsam werde es möglich sein, den in einem harten Winter weiter ansteigenden Flüchtlingsstrom im Land aufnehmen zu können.

Sprechen die Verantwortlichen von einer Ausnahmesituation, so sieht die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor zumindest einen begrenzten Spielraum für weitere Unterbringungen: 13 Prozent sind sogar überzeugt, dass bei ihnen in der näheren Umgebung ohne Weiteres mehr Flüchtlinge aufgenommen werden könnten. Weitere 37 Prozent sehen noch begrenzten Spielraum. Etwa mehr als 25 Prozent haben den Eindruck, die Aufnahmekapazität sei erschöpft.

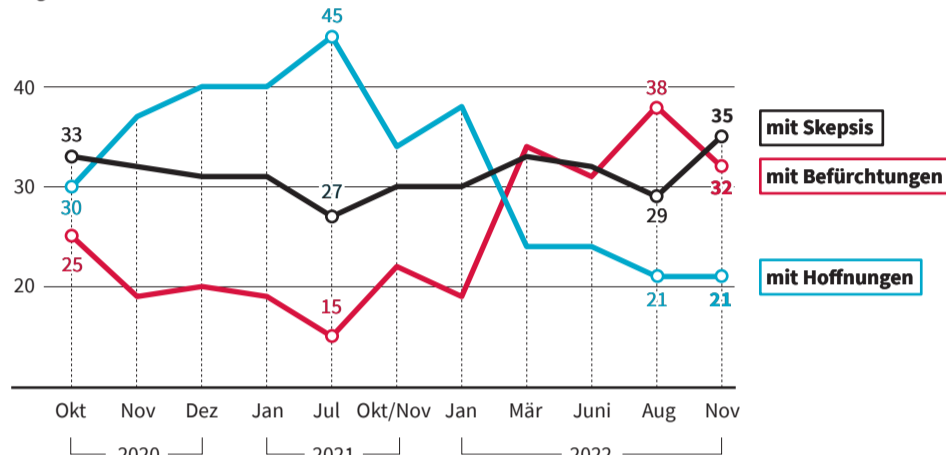
Flaschenhals Schule

Ein wesentlicher Unterschied zur Flüchtlingswelle 2015/16 ist, dass damals vor allem junge Männer in die EU und dann weiter nach Deutschland gekommen sind. Dieses Mal sind es vor allem Frauen mit Kindern, die die Ukraine verlassen konnten und auch durften. Auf der einen Seite führt das dazu, dass die Flüchtlinge im öffentlichen Raum kaum wahrgenommen werden. An anderer Stelle, in den Schulen des Landes, bereitet diese Tatsache aber erhebliche Probleme. Weit mehr als 20.000 Kinder im schulpflichtigen Alter bereits sind seit Kriegsbeginn nach Baden-Württemberg eingereist – und müssen nun integriert werden.

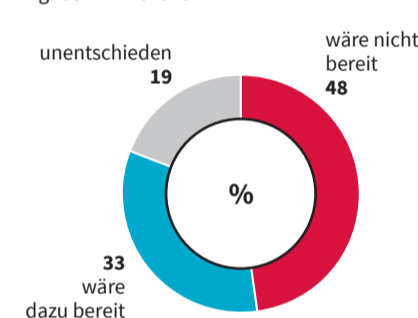
Das sehen auch die Befragten des BaWü-Checks so. Lediglich sechs Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass die Schulen die gewaltige Integrationsaufgabe ohne Weiteres bewältigen können. 42 Prozent

Umfragewerte für Baden-Württemberg

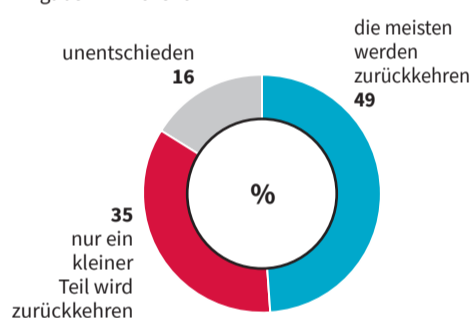
Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?
Angaben in Prozent



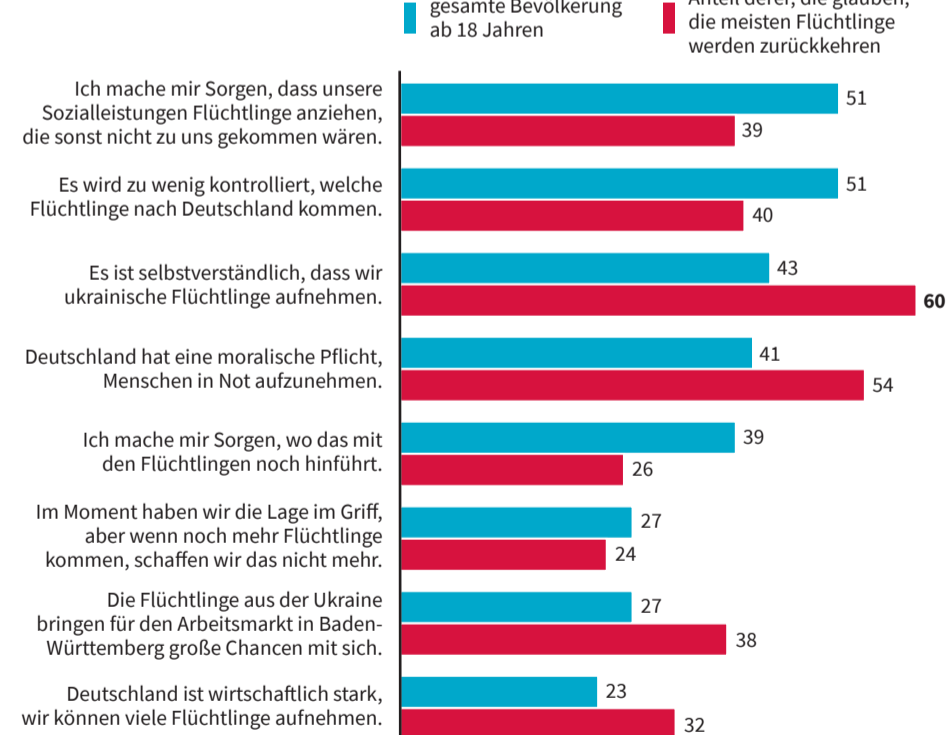
Wären Sie bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen – unabhängig davon, ob es bei Ihnen machbar wäre?
Angaben in Prozent



Werden die meisten ukrainischen Flüchtlinge nach Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückkehren?
Angaben in Prozent



Einige ganz allgemeine Fragen: welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?
Angaben in Prozent



Grafik: Krause

Quelle: IFD-Allensbach für Baden-Württemberg, Befragungszeitraum 16. – 25. November 2022

glauben, dass dies den Schulen nur mit Schwierigkeiten gelingen wird. Sogar nahezu die Hälfte der Befragten – 48 Prozent – spricht von einer völligen Überforderung.

Sporthallennutzung – warum nicht?

Überraschend ist auch die Wahrnehmung bezüglich der Notwendigkeit und der Existenz von Notunterkünften für Neuankömmlinge. Zwar haben in der aktuellen Flüchtlingskrise sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer zunächst Unterschlupf bei Verwandten, Bekannten und Freunden in Deutschland gefunden. Auch ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger groß, ukrainische Flüchtlinge bei sich daheim aufzunehmen oder ihnen frei stehende Wohnungen anzubieten.

Dennoch sorgt die schiefe Masse der Flüchtlinge dafür, dass immer mehr Gemeinden erneut dazu übergehen, Turnhallen und andere Säle zu Notunterkünften umzubauen. Das wird in politischen Kreisen heftig

diskutiert, bei vielen Menschen ist das in der ersten Flüchtlingskrise ausgesprochen heikle Thema noch nicht angekommen. Lediglich 13 Prozent der Bevölkerung berichten, ihnen wären zu Notunterkünften umgewidmete Turnhallen in ihrem Ort bekannt, weitere 15 Prozent, dass solche Maßnahmen diskutiert werden. Beachtliche 46 Prozent – auf dem Land sind es sogar 69 Prozent – der Befragten sind aber überzeugt, dass es solche Pläne bisher nicht gibt.

Allgemein sehen die Menschen in der Belegung von Turnhallen mit Geflüchteten weniger Probleme. Die allgemeine Grundhaltung ist tendenziell positiv: 44 Prozent der Bürgerinnen und Bürger finden die Umwidmung von Turnhallen in Ordnung, 38 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Notunterkünfte in der Nähe

Und noch ein bemerkenswertes Ergebnis: Mit der Vorstellung, dass in der Nähe der eigenen Wohnung eine Notunterkunft für

Der BaWü-Check

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

Zeitraum Vom 16. bis 25. November 2022 wurden im Land 1060 erwachsene Personen online befragt. Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasst 15 Fragen. Die Teilnehmer konnten vorgegebene Antworten anklicken. *hol*

Flüchtlinge errichtet würde, hat die Mehrheit der Menschen keine Probleme. Lediglich 26 Prozent der Befragten geben an, dass sie eine solche Unterkunft stören würde, 51 Prozent hätten nichts dagegen.

Ukraine-Flüchtlinge sind willkommen

Die große Mehrheit der Bevölkerung spricht sich dafür aus, auch in den nächsten Monaten weitere Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Insgesamt vertreten 73 Prozent der Bevölkerung diese Position, wobei sich jedoch ein Teil für eine Kontingentierung ausspricht: 39 Prozent votieren dafür, nur noch eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen zu versorgen, während sich 34 Prozent dafür einsetzen, auch weiterhin so unbürokratisch wie möglich zu helfen. Lediglich 18 Prozent möchten nur noch sehr wenige oder gar keine Flüchtlinge mehr aufnehmen.

Hohe private Aufnahmebereitschaft

Glaubt man den Umfragewerten, ist jeder Dritte grundsätzlich bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen – wenn es von der Wohnsituation her möglich wäre. 50 Prozent der Befragten geben an, eine solche Lösung käme für sie nicht infrage. Dennoch sprechen die Meinungsforscher aus Allensbach von einer „bemerkenswert hohen Aufnahmebereitschaft“. Allerdings spielt auch hier der Zeitfaktor eine wichtige Rolle. Eine Aufnahme von Flüchtlingen kommt vor allem bei den Befragten infrage, die davon ausgehen, dass die Flüchtlinge nur kurze Zeit in Deutschland bleiben. Bei den meisten der Aufnahmewilligen scheitert die Umsetzung aber an den eigenen Wohnverhältnissen. Immerhin neun Prozent der Bevölkerung geben an, sie hätten die Möglichkeit, bei sich zu Hause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen.

Gute Integrationschancen

Insgesamt sieht die Mehrheit der Bevölkerung gute Integrationschancen für Flüchtlinge aus der Ukraine. Dies ist ein gravierender Unterschied zur Einschätzung der Integrationschancen in der Flüchtlingswelle 2015. 54 Prozent sehen heute gute Chancen, dass die Geflüchteten in die Gesellschaft integriert werden können, 34 Prozent äußern sich skeptisch. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Flüchtlingswelle aus der Ukraine auf ein deutlich anderes gesellschaftliches Klima trifft als 2015.

Angst vor dem Pull-Effekt

Die positive Grundhaltung bedeutet aber nicht, dass es keine Sorgen in der Bevölkerung gibt. 39 Prozent beschäftigt die weitere Entwicklung der Flüchtlingswelle intensiv. 27 Prozent sind überzeugt davon, dass Deutschland zwar im Moment die Lage im Griff hat, aber überfordert sein könnte, wenn die Zahl der Flüchtlinge weiter deutlich steigt. Kritisch gesehen werden auch die staatlichen Rahmenbedingungen: So machen sich 51 Prozent der Befragten Sorgen über den sogenannten Pull-Effekt, dass also aufgrund der Sozialleistungen viele Flüchtlinge angelockt werden. Ebenso kritisieren viele, dass zu wenig kontrolliert werde, welche Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

54 Prozent sehen gute Chancen der Integration für die ukrainischen Flüchtlinge.